

Politik kompakt

RUSSLAND

Medwedew kündigt Überprüfung der Wahl an

Angesichts der anhaltenden Proteste gegen Unregelmäßigkeiten bei der Parlamentswahl in Russland hat Präsident Dmitri Medwedew eine „sorgfältige Überprüfung“ in Aussicht gestellt. Allen „Zweifeln“ an der korrekten Abhaltung der Wahl müsse nachgegangen werden, sagte er und verwies auf die Zuständigkeit der Wahlkommission sowie der Gerichte. Medwedews Partei Einiges Russland hatte 15 Prozent gegenüber der Wahl vor vier Jahren eingebüßt, mit knapp 50 Prozent Stimmenanteil aber erneut die Mehrheit der Mandate bekommen. Oppositionsparteien und Wahlbeobachter bemängelten massive Unregelmäßigkeiten. Scharfe Kritik an US-Außenministerin Hillary Clinton übte Medwedews Parteifreund Wladimir Putin. Der Ministerpräsident warf ihr in einer im Fernsehen übertragenen Rede vor, die Wahl als manipuliert bezeichnet und damit seine Gegner zu Protesten ermutigt zu haben. (afp, ddp)

RÜCKZUG

CDU-Abgeordneter chattete mit 15-Jähriger

Wegen eines Facebook-Chats mit einer 15-Jährigen zieht sich der niedersächsische CDU-Abgeordnete Frank Mindermann aus der Landespolitik zurück. Die Mutter des Mädchens habe sich mit dem mehrseitigen Online-Gespräch des 43-jährigen Parlamentariers an die Partei gewandt, erklärte der Parlamentarische Geschäftsführer der Landtagsfraktion, Jens Nacke, am Donnerstag. Bei dem Chat, in dem es zunächst um die Möglichkeit eines Praktikums ging, habe Mindermann dem ihm bekannten Mädchen dann unangemessene persönliche Fragen gestellt. Um sexuelle Avancen sei es dabei aber nicht gegangen, sagte ein Parteisprecher. Strafrechtlich habe sich der Abgeordnete nichts vorzuwerfen. „Die CDU-Landtagsfraktion ist der Auffassung, dass der Abgeordnete damit seiner Vorbildfunktion nicht gerecht geworden ist“, sagte Jens Nacke. (dpa)

VERDACHT AUF VORTEILSNAHME

Ermittlungen gegen Adolf Sauerland

Die Wuppertaler Staatsanwaltschaft ermittelt gegen den Duisburger Oberbürgermeister Adolf Sauerland (CDU) wegen des Anfangsverdachts der Vorteilsannahme. Er soll von einer Parteispende an die CDU gewusst haben, die das Ziel hatte, ihn „möglicherweise in irgendeiner Form zu beeinflussen“. Der Verdacht habe sich im Zusammenhang mit Ermittlungen ergeben, die wegen des Ankaufs eines Geländes zum Neubau des Landesarchivs geführt werden. Zwei Projektentwickler stehen dabei im Verdacht, Parteispenden geleistet zu haben, um Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen. Der Tatbestand der Vorteilsannahme wird mit einer Geldstrafe oder Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren geahndet. Sauerland ist seit der Loveparade-Katastrophe in Duisburg mit 21 Toten im Sommer 2010 umstritten, weil er keine politische Verantwortung für die Katastrophe übernommen hatte. (afp)

Das Datum

9. Dezember

- » 1931 Spanien erhält eine liberale Verfassung.
- » 1946 Vor dem US-Militärgerichtshof in Nürnberg beginnt die Hauptverhandlung gegen 23 KZ-Ärzte wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit.
- » 1951 Eine Volksabstimmung im deutschen Südbaden erbringt eine Mehrheit für die Bildung eines Landes Baden-Württemberg.
- » 1961 Die britische Kolonie Tansania, das frühere Deutsch-Ostafrika, wird unabhängig.

Ernst Grube

Der Name Ernst Grube stand schon oft im bayerischen Verfassungsschutzbericht. Der 1932 in München geborene ehemalige Berufsschullehrer ist – wie es auch sein Vater war – überzeugter Kommunist. Als junger Mann wurde er Mitglied der 1956 verbotenen KPD. Er bekennt sich bis heute zu den humanistischen Ansätzen des Kommunismus: „Unter einer Gesellschaft mit zu großen sozialen Stufen leidet der demokratische Ansatz“, sagt er.

- Nur wenige Monate vor Kriegsende 1945 wurde Ernst Grube mit seiner jüdischen Mutter und seinen Geschwistern in das Konzentrationslager Theresienstadt gebracht.
- 1959 verurteilte der Bundesgerichtshof ihn zu einem Jahr Gefängnis, unter anderem, weil er gegen das KPD-Verbot verstoßen habe.
- Ernst Grube ist Landessprecher der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) in Bayern.
- Er engagiert sich in der Lagergemeinschaft Dachau.
- Aus Anlass des 70. Jahrestages der ersten Deportationen reiste er kürzlich in verschiedene Vernichtungslager, um an die Opfer zu erinnern. (bom)



Immer wieder erzählt Ernst Grube in seinem Kampf gegen die Neonazis vor Schulklassen von seiner KZ-Haft. Foto: Ulrich Wagner

„Wir dürfen nicht schlafen“

Interview Der Holocaust-Überlebende Ernst Grube fordert nicht nur ein sofortiges Verbot der NPD, sondern eine ständige Auseinandersetzung mit fremdenfeindlichen Gedanken

Augsburg Am Vormittag hat Ernst Grube wieder zwei Schulklassen in seiner leisen, aber ebenso eindringlichen Art mit seiner Geschichte konfrontiert. Er hat ihnen erzählt, dass seine Mutter Jüdin war und der Vater Kommunist, und ihnen auch gesagt, wie es ist, wegen seines Glaubens und wegen der Überzeugungen des Vaters verfolgt zu werden. Am Abend bittet dann das „Bündnis für Menschenwürde Augsburg-Schwaben“ zum Zeitzeugengespräch mit dem Holocaust-Überlebenden – unterstützt vom Programm des Bundesfamilienministeriums „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“. Grube wird nicht müde, immer wieder seine Lebensgeschichte als Mahnung gegen Neonazismus und Rechtsextremismus zu erzählen. Wir haben zwischendrin mit ihm über die NPD und die aktuelle Verbotdebatte gesprochen.

sammlungsfreiheit nichts mehr zu tun. Man muss auch sehen, dass die Neonazis ihren Hauptnachwuchs über diese Konzerte bekommen. Unter verschiedenen Vorwänden werden die Jugendlichen und auch Ältere zu diesen Konzerten gelockt.

Warum sind Jugendliche nicht resistent gegen solche Einflüsterungen?

Grube: Wir haben das Problem der Arbeitslosigkeit, der unsicheren Arbeitsplätze. In der Gesellschaft beobachten wir eine Abnahme des Engagements im Sinne einer demokratischen Politik. Wir haben eine Wahlverdrossenheit. Bei all den Problemen, die wir im sozialen Bereich haben, sind die Jugendlichen einfach eher für Lösungsvorschläge wie etwa eine Schuldverlagerung auf Ausländer und andere Gruppierungen empfänglich, wie sie von der NPD und den Neonazis angeboten werden.

Kommt die aktuelle Debatte um Rechtsextremismus und ein NPD-Verbot für Sie überraschend?

Grube: Nein, diese Diskussion haben wir schon lange, und die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, VVN, hat ja schon vor Jahren das Verbot der NPD gefordert. Wir haben 500 000 Unterschriften gesammelt und im Bundestag abgegeben. Es hat sich nichts ergeben. Wir

fordern auch jetzt offensiv ein Verbot der NPD und verbinden es mit der Forderung nach einer sofortigen Rücknahme der V-Leute aus der NPD. Wir sehen ja auch, dass sie überhaupt nichts bringen.

Wie können V-Leute ausgeschaltet werden?

Grube: Indem es kein Geld mehr für sie gibt. Ich habe gelesen, dass die V-Leute zum Teil das Geld, das sie bekommen haben, der NPD zur Verfügung gestellt haben. Das heißt, der Staat finanziert sie nicht nur über Steuern bei der Wahlkampfkostenersatzung, sondern indem er Hunderttausende über V-Leute der NPD gibt.

Was würde ein NPD-Verbot tatsächlich bewirken?

Grube: Es würde das leichte Einflussnehmen durch die NPD verhindern. Zum anderen ist ja die NPD

für gewaltbereite Leute aus dem Kameradschaftsmilieu ein legales Rückzugsbecken. Sie kriegen Funktionen, wo sie sich einigermaßen sicher fühlen können. Was uns dennoch nicht erspart bleibt, ist die ideologische Auseinandersetzung. Die wird uns mit dem Verbot der NPD nicht erspart.

Das Gedankengut ist nicht totzukriegbar?

Grube: Wir dürfen nicht schlafen. Uns muss klar sein, dass diese ausländerfeindliche rechtsextreme Ideologie weiter besteht.

Wie können Sie Schüler mit Ihren Thesen faszinieren und sie sensibel für die Gefahren durch Rechtsextremismus und Neonazis machen?

Grube: Ich hab ja eine Geschichte. Wenn es darum geht, was die ideologischen Grundsätze der Nazis waren – also die Herabsetzung der Menschenwürde, das ist diese Ungleichheit und diese Unwertigkeit –, dann zieh ich den Bogen zu heute. Ich vergleiche nicht in dem Sinne, dass ich sage, das ist heute genauso wie damals. Aber ich mache darauf aufmerksam, dass diese Ideologie, diese Gedanken, diese Wurzeln auch noch heute existieren. Ich weise dabei auch auf den aktuellen Rechtsextremismus von Ungarn über Italien bis Großbritannien hin. Diese Entwicklung ist bei uns noch nicht so weit, aber der Boden dafür ist vorbereitet. Unter bestimmten Bedingungen und bei einer entsprechenden charismatischen Persönlichkeit ist das bei uns auch sofort möglich. Der Boden dafür ist da, und er wird von der NPD und den Neonazis ständig beackert. Interview: Joachim Bomhard

Koalition uneins über Terror-Datei

Justizministerin lehnt Gesetzentwurf ab

VON RUDI WAIS

Berlin Ein heftiger Streit zwischen den zuständigen Ressorts erschwert den Aufbau der neuen Neonazi-Datei. Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger hat zwar im Prinzip nichts gegen eine Datenbank mit Informationen über rechte Gewalttäter einzuwenden – der Gesetzentwurf von Innenminister Hans-Peter Friedrich aber geht der FDP-Frau entschieden zu weit.

In einem Brief an ihren CSU-Kollegen, der unserer Zeitung vorliegt, lehnt sie den Umfang der Datensammlung und das Verlängern von Speicherfristen ab: Nach den Morden der Zwickauer Terrorzelle sei jetzt „nicht die Stunde, die schrecklichen Ereignisse zu nutzen, um innenpolitische Wünsche hervorzuholen, die aus guten Gründen keinen Eingang in den Koalitionsvertrag gefunden haben“. Das Innenressort weist die Vorwürfe zurück: Das Gesetz solle für eine optimale Aufstellung der Sicherheitsbehörden.

Konkret geht es vor allem um den praktischen Nutzen der Datei. Nach Ansicht der Justizministerin soll eine Behörde wie der Verfassungsschutz mit ihrer Hilfe lediglich feststellen können, ob ein verdächtiger Extremist auch schon einer anderen

„Es ist nicht die Stunde, die schrecklichen Ereignisse zu nutzen, um innenpolitische Wünsche hervorzuholen.“

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

Behörde aufgefallen ist, zum Beispiel einer Staatsanwaltschaft, die gegen ihn ermittelt – dazu aber würden einige wenige Daten wie Name und Wohnort ausreichen. Friedrichs Beamte dagegen wollen auch Bank- und Telefondaten, Kontakte in der rechten Szene und selbst Besuche bei einschlägigen Demonstrationen oder Konzerten speichern und den Ermittlern so eine Art Recherchehilfe an die Hand geben.

Das allerdings verstößt nach Ansicht der Justizministerin gegen das sogenannte Trennungsgebot zwischen Nachrichtendiensten und Polizei. In ihrer Stellungnahme heißt es gar: „Der Gesetzentwurf enthält eine Vielzahl von Regelungen, die weit über die vermeintlich notwendigen Maßnahmen hinausgehen.“

Welche Extremisten überhaupt in der Datei landen, ist ebenfalls unklar: Nur bekannte Gewalttäter – oder auch Neonazis, von denen der Verfassungsschutz nur annimmt, dass sie gewalttätig sein könnten? Bis Januar wollen die beiden Minister sich einigen. Ausgang: ungewiss. Mit den jetzigen Vorschlägen, schreibt Leutheusser-Schnarrenberger, „wird es nicht getan sein“. Auf ihrem Forderungszettel steht auch das Zusammenlegen der 16 Landesämter für Verfassungsschutz zu schlagkräftigeren Einheiten.

Italienische Anarchisten bekennen sich zu Briefbombe

Attentatsversuch Die Gruppe wollte mit dem Sprengsatz den Chef der Deutschen Bank, Josef Ackermann, treffen

Frankfurt am Main Zu dem versuchten Briefbombenanschlag auf Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann hat sich eine linksanarchistische Gruppe aus Italien bekannt. Nach Angaben der Ermittler gab es ein Bekenntschreiben der „FAI – Federazione Anarchica Informale“. Mit der Gruppe hatten Behörden in Deutschland und anderen Ländern Europas schon öfter zu tun. Bei der Spurensicherung sei ein Bekenntschreiben entdeckt worden, teilten das hessische Landeskriminalamt und die Staatsanwaltschaft Frankfurt mit. Darin habe die Gruppe vor „drei Explosionen gegen Banken, Bankiers, Zecken und

Blutsauger“ gewarnt. Die Ermittler gehen daher davon aus, dass noch zwei andere Briefbomben verschickt worden sein könnten.

Ein Sprecher der Bundesanwaltschaft sagte am Abend auf Anfrage: „Wir werden prüfen, ob das Verfahren übernommen wird.“ Nach Angaben der Ermittler in Frankfurt hat es bereits 2003 einen Anschlagversuch mit einer Briefbombe auf die Europäische Zentralbank (EZB) in Frankfurt gegeben. Damals habe auch ein Bekenntschreiben der „FAI“ vorgelegen. Generalbundesanwalt und Landeskriminalamt hatten ermittelt, aber keine Tatverdächtigen ausgemacht.

Die vom italienischen Geheimdienst als „Terroristen“ eingestuft Anarchisten der „FAI“ sind schon häufiger mit Anschlägen aufgeflogen. Im Jahr 2003 zeichnete die Gruppe verantwortlich für die Operation „Santa Klaus“. Dabei ging es um eine Reihe von Briefbomben in Brüssel – unter anderem an den Präsidenten der Europäischen Zentralbank, Jean-Claude Trichet, und an den damaligen Präsidenten der EU-Kommission, Romano Prodi. Auch zu einem vereitelten Briefbombenanschlag auf ein Hochsicherheitsgefängnis in Athen im März 2011 bekannte sich die Gruppe – ebenso zu Anschlägen auf die Botschaften Chi-

les und der Schweiz in Italien am Tag vor dem Heiligen Abend 2010.

Der sprengstoffverdächtige Brief war am Mittwoch in der Poststelle der Deutschen Bank geröntgt worden. Dabei wurden Drähte und Metallteile der Zündvorrichtung und des Auslösers entdeckt, berichteten Ermittler. Die Bank informierte die Polizei. Ackermann selbst war nicht im Haus. „Das war kein Sprengstoff, weder militärischer oder gewerblicher“, sagte ein Polizeisprecher. Das Pulver hätte beim Öffnen des Umschlags „aber mit Sicherheit gefährlich werden“ und Verbrennungen an Hand, Gesicht und Oberkörper verursachen können. (dpa)



Adressat der Briefbombe: Bankchef Josef Ackermann. Foto: ddp